

Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament

über weitere Schritte zur Neuausrichtung der EU-Außenbeziehungen zur südlichen Nachbarschaft

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- unter Hinweis auf den Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas vom 17. September 2012,
 - unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juli 2011 zu den außenpolitischen Maßnahmen der EU zur Förderung der Demokratisierung,
 - unter Hinweis auf die gemeinsamen Mitteilungen der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 25. Mai 2011 mit dem Titel „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ und vom 8. März 2011 mit dem Titel „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“,
 - unter Hinweis auf Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 10. Dezember 2012,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Entwicklungsausschusses (DEVE) vom 10. Dezember 2012,
- A. in der Erwägung, dass die Ereignisse im Mittelmeerraum es erforderlich machen, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reformen in diesen Staaten wirksam zu unterstützen;
- B. in der Erwägung, dass der Einsatz von Gewalt zur Unterdrückung von Reformbestrebungen, insbesondere der anhaltende Gewaltexzess in Syrien, einhellig verurteilt wird;
- C. in der Erwägung, dass es aus den Fehlern der Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu lernen gilt;
- D. in der Erwägung, dass die mangelnde Kohärenz und fehlende politische Schlagkraft der EU in ihrem Außenhandeln die Notwendigkeit weiterer Reformen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) unterstreichen;
- E. in Erwägung der Notwendigkeit weiterer Reformen angesichts der offensichtlichen Defizite der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), insbesondere der unklaren Definition von Standards, der inkonsequenten Durchsetzung von Konditionalität und der fehlenden Einbeziehung der Zivilgesellschaft;

Einen Raum des Friedens, der Sicherheit, des Wohlstands und der Demokratie schaffen

1. vermissen in der bisherigen Politik der EU gegenüber ihren südlichen Nachbarn eine klare Zieldefinition;
2. betonen, dass stabile Demokratien in der südlichen Nachbarschaft einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit der EU leisten;
3. erachten die Stärkung der Wirtschaft, des Verwaltungsapparates und der sozialen Strukturen der südlichen Nachbarstaaten als wichtigen Beitrag, den die EU zur Stabilisierung der neu entstandenen Demokratien leisten kann;



Junge Europäische Bewegung 

Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.
Verantwortlich: Jano Costard und Daniel Kempin
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin | Tel: 030 97005492 | 0176 79800641
simep@jeb-bb.de | www.simep.eu | www.facebook.com/simep.eu

Gefördert durch:



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Eine aktive Rolle der EU in den Außenbeziehungen zur südlichen Nachbarschaft sicherstellen

4. sind überzeugt, dass sich die EU durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) stärker an der Beilegung regionaler Konflikte beteiligen und dass sie dabei eine aktive und kohärente Rolle spielen soll;
5. fordern, dass die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik u.a. dadurch gestärkt wird, dass sie fortan vom Rat der EU unabhängig ist, stattdessen der Kommission untersteht und dem Europäischen Parlament verantwortlich ist;
6. betonen, dass das Vetorecht aller Mitgliedstaaten bei Beschlüssen zur GASP erhalten bleiben muss;

Neue Instrumente zur Stabilisierung der Demokratien in der südlichen Nachbarschaft entwickeln

7. unterstützen humanitäre Hilfe sowie die Fortentwicklung der ENP unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen; lediglich Entwicklungszusammenarbeit bleibt gekoppelt an wirtschaftliche und politische Zielvorstellungen;
8. bedauern, dass die EU noch nicht in ausreichendem Maße ihrer humanitären und entwicklungspolitischen Verantwortung als wohlhabende Weltregion gerecht wird;
9. weisen auf die Bedeutung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren für den Aufbau funktionierender Demokratien hin und betonen, dass diese Zusammenarbeit auch zivilgesellschaftliche Organisationen mit religiösem Hintergrund einschließen kann;
10. begrüßen eine wirtschaftliche Unterstützung der Staaten der südlichen Nachbarschaft unter der Bedingung des Aufbaus und der Einhaltung der menschenrechtlichen und demokratischen Grundsätze;
11. fordern, dass das Europäische Parlament zukünftig gleichberechtigt mit dem Rat der EU an den Entscheidungen über die ENP beteiligt wird;

o

o o

12. beauftragen ihren Präsidenten, diese Empfehlung dem Rat der EU, der Kommission, der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem EAD, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der ENP-Staaten zu übermitteln.